

Neuzugelungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftstags 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor dem Rücktritt des Kabinetts.

Heute nachmittag Marx beim Reichspräsidenten.

Das Reichskabinett beriet heute mittag ohne Stresemann und Luther, die auf Reisen sind, zunächst laufende Angelegenheiten und dann über die politische Lage. Der Rücktritt des Kabinetts ist schon vor mehreren Tagen beschlossen und letztlich für heute, Montag, angekündigt worden.

Als zuständiger Stelle bezeichnet man es als „vollständig aus der Luft gegriffen“, daß die Reise des Botschafters in Paris nach Berlin den Zweck habe, über die voraussichtliche Wirkung der Bildung einer Rechtsregierung auf Frankreich zu berichten.

Es kann nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag am Montag, den 5. Januar, zusammentreten wird.

Der ständige Ausschuß des Preussischen Landtages, der die Rechte des Landtages in der Zeit, in der keine Vollsitzungen stattfinden, wahren soll, ist zum nächsten Freitag einberufen worden.

Heute beginnt die Woche der Fraktionsitzungen, die über die Regierungsbildung beraten und entscheiden sollen. Allein Ansehen nach wird es jedoch zunächst bei den Beratungen bleiben, und wir werden wochenlang die Tragikomödie über uns ergehen lassen müssen, die mit jeder Regierungsbildung unlösbar verknüpft zu sein scheint.

Die Volkspartei klammert sich an die Deutschnationalen fest, das Zentrum zeigt wenig Neigung, sich in den Bürgerblock hineinzugehen zu lassen.

„Das Zentrum hat den Wahlkampf hauptsächlich gegen die Deutschnationalen führen müssen. Viele hunderttausend Wähler sind uns neu zugeströmt, besonders aus Arbeiterkreisen, weil sie in ihrer gedrücktsten wirtschaftlichen Lage in erster Linie vom Zentrum Hilfe und Erleichterung erwarten.“

Der Reichspräsident hat den Wahlkampf hauptsächlich gegen die Deutschnationalen führen müssen. Viele hunderttausend Wähler sind uns neu zugeströmt, besonders aus Arbeiterkreisen, weil sie in ihrer gedrücktsten wirtschaftlichen Lage in erster Linie vom Zentrum Hilfe und Erleichterung erwarten. Die Deutschnationalen gelten in weiten Kreisen des deutschen Volkes als Hort der sozialen und politischen Reaktion und man muß schon sagen, daß dieser Ruf nicht unerdient ist.

Der Rehrreim aller Zentrumsstimmen ist: die Volkspartei soll die Geschichte machen, sie soll die Suppe auslöfeln, die sie sich eingebrödt hat. Die Volkspartei hat zunächst den Ball den Demokraten zugeworfen. Die haben bestens gedankt.

„Parteiloslich gesehen, fühlen wir uns in der Rolle des Zuschauers vorläufig recht wohl. Mag die Deutsche Volkspartei, die erklärt, sie stände hier und könne nicht anders, zunächst sehen, wie sie mit der Politik, die sie begonnen hat, zu Rande kommt.“

Danach sprechen alle Ausichten dafür, daß wir dem lieblichen Ballspiel wochenlang zusehen müssen.

Der Reichskanzler über die Stellung des Zentrums. Reichskanzler Marx gab dem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ folgende Erklärungen:

„Ich habe damals mit der Minderheit gestimmt. Dieser Beschluß aber hat heute keine Gültigkeit mehr. Schon damals haben mehrere Fraktionskollegen, die zur Mehrheit gehörten, erklärt, daß sie nur aus taktischen Gründen so stimmten, weil sie meinten, die Demokraten würden sich, wenn im Zentrum eine feste Mehrheit für die Koalition mit den Deutschnationalen sich zeigte, dadurch bestimmen lassen, an einer solchen Koalitionsregierung zugleich mit dem Zentrum sich zu beteiligen.“

Haben also schon damals nicht alle Mitglieder in der Fraktion, die für ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen stimmten, ihre sachliche Meinung ausgedrückt, so hat sich jetzt nach den Wahlen

eine Aenderung der Lage ergeben. Damals konnte man es immerhin als möglich betrachten, daß die Demokraten, wenn eine Koalition mit den Deutschnationalen zustande kommen sollte, wenigstens ihre beiden Fraktionsminister, den Reichsminister Gehler und den Reichswirtschaftsminister Hamann, in der Regierung belassen würden. Ich habe mir daher auch, um keine Möglichkeit unversucht zu lassen, von meiner Fraktion die Ermächtigung erbeten, über die Bildung einer Regierungskoalition mit Einschluß der Deutschnationalen Verhandlungen einzuleiten.

Jetzt nach den Wahlen lehnen die Demokraten jede Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit Einschluß der Deutschnationalen ab, und man kann sich keinerlei Hoffnung mehr machen, daß sie eine vermittelnde Lösung akzeptieren würden. Das Zentrum wird also, wenn es am Mittwoch zusammentritt, mit dieser Ablehnung der Demokraten als mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen haben.

Inzwischen haben meine Fraktionskollegen auch Fühlung mit ihren Wählern genommen, haben deren Anschauungen über die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung kennen gelernt und werden unter dem frischen Eindruck der Anschauungen ihrer Wähler ihren Beschluß fassen. Beschließt das Zentrum, in eine Koalition mit den Deutschnationalen einzutreten, so ist diese Koalition gesichert, beschließt es das Gegenteil, so ist die Bildung einer Koalitionsregierung, an welcher die Deutschnationalen beteiligt sein würden, zum mindesten sehr erschwert.

Wenn das Zentrum nicht teilnehmen will, würden die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen genötigt sein, allein die Regierung zu bilden, und ich kann mir nicht denken, daß sie Neigung haben werden, diesen sehr gewagten Versuch zu machen. Das Zentrum muß sich nur, da es die Fortsetzung der bisherigen Politik wünscht, darüber entscheiden, ob es mit seinen Grundgeden, daß die bisherige Politik fortgesetzt werde, diese Unterstützung vereinbaren kann. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Deutsche Volkspartei und Deutschnationale eine Regierung bilden würden, deren Existenz in dieser Weise vom Zentrum abhängig wäre.

Sedenfalls wird also zuerst die Bildung einer Koalition der bürgerlichen Parteien versucht werden. Schlägt dieser Versuch fehl, so wäre denn die Große Koalition in Erwägung zu ziehen.

Außenpolitische Tatsachen.

Köln, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“, die nach dem Ausgang der Wahlen mit aller Entschiedenheit die Beibehaltung des Kabinetts Marx betrieben hat und die wiederholt vor einer Rechtsorientierung warnte, veröffentlicht in ihrer Montag-Morgenausgabe einen mit „Außenpolitische Tatsachen“ überschriebenen Artikel ihres Pariser Korrespondenten, der rückhaltlos die großen außenpolitischen Gefahren überblickt, die eine Rechtsregierung für Deutschland bringen muß.

„Das Kartell der Linken sei bereits im eigenen Lager bedroht, wenn es nicht bald Erfolge aufzuweisen könne, die in der Haltung Deutschlands zu suchen sind. Der Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission Girard und der neuernannte General Guiffant befinden sich zurzeit in Paris und erwarten neue Anweisungen. Die Dinge liegen bereits heute so, soweit sie abhängig sind von dem, was in Deutschland geschieht, daß vor Konstituierung der deutschen Regierung keinerlei Anweisungen an die französischen Vertreter gegeben werden dürfen.“

Diese Auffassung deckt sich genau mit den von uns schon vor einigen Tagen wiedergegebenen Pariser Meldungen.

Ludendorff.

Gewidmet von Herrn von Graefe.

Herr Graefe tröstet sich über die Zerschmetterung seiner Partei mit folgendem Sprüchlein:

„Wer eine Schlacht verloren hat — und wir haben sie verloren —, der soll nicht viel Worte machen, soll vor allen Dingen nicht klagen noch anklagen.“

Was nicht hindert, daß er alle seine Parteifreunde anklagt, sie wären schuld. Das Sprüchlein klingt wie eine Widmung an Ludendorff, wie ein Motto zu den dicken Wälzern der Ludendorffschen Erinnerungen. Wer eine Schlacht verloren hat, soll nicht klagen noch anklagen!

Wahlsieg des Linksblocks.

Ein Sozialist mehr im Senat.

Paris, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In einer Erziehung zum Senat wurde im Departement Haute-Vienne an Stelle des im Frühjahr verstorbenen rechtsradikalen Senators Gobet der sozialistische Abg. Pétoulet mit 340 Stimmen des Linksblocks gegen 234 gemäßigt-republikanische und 33 kommunistische Stimmen gewählt. Bei der Hauptwahl im Jahre 1924 war Pétoulet mit 295 Stimmen keinem Gegenkandidaten unterlegen, der 351 Stimmen auf sich zu vereinigten vermocht hätte.

Magdeburg.

Allerlei Kronzeugen der Rechten und der SPD.

Durch eine verwirrende Fülle von Einzelheiten, die in dem Magdeburger Prozeß vorgezogen werden, soll die Aufmerksamkeit von dem Kern der zur Entscheidung stehenden Frage abgelenkt werden. Gegen diese Versuche gilt es sich rechtzeitig zur Wehr zu setzen und das Wesentliche, um das es sich handelt, aus dem Wust der Unklarheiten herauszufischen.

Der Ursprung des Prozesses ist ganz klar: Reichspräsident Ebert ist von völkischen Verleumdern und auch von dem jetzt unter Anklage stehenden Redakteur Rothardt aus Staffurt des Landesverrats bezichtigt worden. Er hat zunächst in München und dann in Magdeburg die Klage wegen Beleidigung erhoben. Der Angeklagte Rothardt hat in seiner ersten verantwortlichen Vernehmung erklärt, daß er den Vorwurf des Landesverrats von sich aus gar nicht hätte erheben wollen und auch keinerlei Material habe, um das zu beweisen. Hinterher haben sich dann die Deutschnationalen des Falles bemächtigt, um diesen Prozeß vor dem Magdeburger Schöffengericht zu einem Monstreprozeß zu machen.

Gegen den Willen zur Objektivität der Magdeburger Schöffengerichter sei kein Wort gesagt. Aber es bestehen berechtigte Zweifel dagegen, daß die beiden beamteten Richter und die beiden Schöffen aus dem Bürgerstand nun in der Lage wären, die Weltgeschichte zu ergründen und aus dem hundertfachen Durcheinander, das die Zeugenaussagen bieten, alle Einzelheiten der Geschehnisse von 1917/1918 wieder richtig zusammen stellen. Vor allem zeigt sich auch im Berichtssage in mir wieder, daß die Vertreter der Arbeiterchaft und die Vertreter des alten kaiserlichen Systems zwei ganz verschiedene Sprachen sprechen, und daß nur wenige der letzteren gewillt und in der Lage sind, das Fühlen, Denken und Handeln von Sozialdemokraten zu verstehen.

Wenn man sich jene furchtbaren Kriegswinter in die Erinnerung zurückruft, dann erscheinen die Dinge, die sich damals ereigneten, heute auch vielen aus unseren eigenen Reihen nur wie im Traum. Als damals die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk durch das Auftrumpfen des Vertreters der Obersten Heeresleitung zu scheitern drohten, als dann in Oesterreich, wo die Lebensmittelversorgung im allgemeinen noch schlechter und der Zusammenhalt des Nationalitätenstaates in gleichem Maße geringer war als in Deutschland, der allgemeine Streik der Arbeiter ausbrach, da wußte man in Deutschland nichts Besseres zu tun, als durch Renjurverbote zu verhindern, daß irgendeine Nachricht über die wahre Stimmung bei den Kriegsvorbundenen vor deutsche Ohren oder Augen käme. Der „Vorwärts“, der aus einer Rede Viktor Adlers über die Verhandlungen in Brest-Litovsk einen Abfah wieder gab, wurde sofort verboten, weil in diesem Akt auch von dem Streik der österreichischen Arbeiter die Rede war. Im Hautauschuß des Reichstages, der einzigen Stelle, wo man der Regierung noch ungefärbt und ungefälscht die Meinung des Volkes vortragen durfte, haben Ebert und Scheidemann, als die Sprecher der Sozialdemokratischen Partei, eindringlich auf die Schwere der Verantwortung hingewiesen, die die damalige Regierung auf sich nehmen würde, wenn sie angefiht des Hungers und der allgemeinen Notlage sich nicht entschließen würde, jede Gelegenheit zum Friedensschluß ohne Annexionen und Kontributionen zu ergreifen. Dabei ist auch das Wort gefallen, die Stimmung in Deutschland sei ganz ähnlich wie in Oesterreich und Scheidemann hat hinzugefügt: „wir drohen nicht, aber wir warnen!“

Aus dieser vorsorglichen Stimmungsbildung wagen nun heute die deutschnationalen Propagandisten innerhalb und außerhalb des Gerichtssaales zu schlussfolgern, die beiden sozialdemokratischen Redner hätten genau gewußt, daß der Munitionsarbeiterstreik am 28. Januar ausbrechen würde, sie hätten nichts getan, um diesen Streik zu verhindern und hätten sich gar an seine Spitze gestellt. Nun haben zwar mehrere Zeugen jener Vorgänge bekundet, daß der sozialdemokratische Parteivorstand zuerst jähroff abgelehnt habe, an der Leitung eines Streiks beteiligt zu sein, dessen Ziel er nicht kannte, und Forderungen zu vertreten, die er selbst nicht mit aufgestellt habe. Die deutschnationalen Verteidiger des Angeklagten und Ankläger des Reichspräsidenten sehen über diese Ablehnung hinweg oder erklären sie für eine Heuchelei. Sie können sich nicht vorstellen, daß man Wünsche nach baldigstem Frieden, nach besserer Ernährung, nach Freilassung politischer Gefangener, und was sonst noch an Arbeiterforderungen damals aufgestellt war, in ihren allgemeinen Richtlinien billigen kann, ohne doch deshalb den Munitionsarbeiterstreik in gefährlicher Lage für zweckmäßig und zulässig zu halten. Sie können sich ebenso wenig vorstellen, daß eine Partei, die ihrem Programm und Wesen nach proletarische Interessen gegenüber den kapitalistischen vertritt, sich an die Seite kämpfender Arbeiter stellt, auch wenn sie den Ausbruch des Kampfes an sich weder gewünscht noch gefördert noch gebilligt hat. Aber auch wenn es Leute unter ihnen gäbe, die sich soweit in die Vorstellungswelt von Sozialdemokraten einfühlen könnten, so würden sie trotzdem sich weigern und den Demagogen das Wort lassen, denen es darauf ankommt, einen politischen Gegner durch ein Meer von Lügen zu töten.

Vor dem Gericht sind nun eine Menge von Zeugen aufgetreten, die den Namen von „Kronzeugen“ ehrlich verdienen.





